

selben, damit er besser schmecken sollte, durch einen andern Rekruten vorher mit Salz bestreuen. Nachdem Rujan schließlich doch zur Meldung gebracht worden war, bedrohte er seine Mannschaften, sie würden ihr eigenes Todesurtheil unterschreiben, wenn sie über die vorgekommenen Mißhandlungen etwas ausfragten. Es versteht sich, daß derartige Mißhandlungen von den empfindlichsten Folgen für die betreffenden Unteroffiziere begleitet sein müssen. Obwohl die Richter der zur Aburtheilung derartiger Vergehen berufenen Spruchgerichte oft nur zu sehr geneigt sind, strafmildernde Rücksichten zuzulassen, so sind doch beispielsweise bestraft worden: Unteroffizier Weise mit 2 Jahren Gefängnis und Degradation, Obergefreiter Liebing mit 2 Jahren Gefängnis, Obergefreiter Hoffmann mit 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis, Unteroffizier Rehme mit 3 Jahren Gefängnis und Degradation, Unteroffizier Geißdorf mit 4 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation, Sergeant Pflug mit 5 Jahren Gefängnis.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In parlamentarischen Kreisen, so schreibt das „V. L.“ verbreitet sich die Kunde, daß Fürst Bismarck doch noch im Laufe der Session nach Berlin kommen werde, allerdings nicht, um im Reichstag „gegen den neuen Kurs“ zu steuern, sondern um im Herrenhause Stellung zu dem neuen Volksschulgesetzentwurf zu nehmen. Die Nachricht trägt eine gewisse innerliche Glaubwürdigkeit in sich. Fürst Bismarck wendet sich, wie man aus den „Hamb. Nachr.“ fast täglich ersehen kann, mehr und mehr dem gemäßigten politischen Liberalismus zu; er spricht sich gegen die Landrathswahlen, für die Ministerverantwortlichkeit, neuerdings sogar für die Öffentlichkeit im Militärstrafverfahren aus. Man kann daher die Vermuthung auszusprechen wagen, daß sich Fürst Bismarck auch gegen das Konfessionalitäts-Prinzip des neuen Volksschulgesetzentwurfs erklären dürfte.

— Die Kunzegebungen für und wider den preussischen Volksschulgesetzentwurf mehren sich. So wird aus Halle a. S. berichtet, daß der ganze Lehrkörper der dortigen Universität eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, in der die Ablehnung des Volksschulgesetzes gefordert werden soll.

— Eine Reihe Soldatenmißhandlungen veröffentlicht die „Neue Badische Landesztg.“ unter Nennung der betreffenden militärischen Vorgesetzten. Unter Anderem soll einem Manne, der eine falsche Wendung machte, auf Befehl eines Vizefeldwebels in's Gesicht gespien worden sein.

— Apenrade, 8. Februar. In allen deutschen Kreisen ruft die Nachricht, daß das Kaiserbild in der Schule zu Rangstrup, zwischen Apenrade und Lügumkloster, in einer der letzten Nächte in schändlichster Weise verstümmelt worden ist, Entrüstung hervor. Der Verdacht der Thäterschaft lenkt sich auf fanatische Dänen. Dieselben drangen in das Schulkloster ein, wo sie zunächst Rahmen und Glas entfernten. Dann schnitten sie dem Bilde den Kopf ab. Das entstellte Bild wurde später auf dem Schulwege gefunden. Bisher sind die Thäter noch nicht entdeckt.

— Frankreich. Henri Rochefort, der Laternenmann, sagt in seinem „Intransigeant“ bezüglich des Erlasses des Prinzen Georg über Soldaten-Mißhandlungen: „Ich wünschte nur, auch in der französischen Armee ersände einmal ein solcher Ritter Georg, wie ihn die deutsche besitzt! In der französischen Armee kommen tagtäglich dieselben Geschichten vor, aber sie werden vertuscht und zugedeckt. In der deutschen zieht man sie ans Licht und droht den Feinern mit Strafe. Das ist doch immer etwas Gutes, was mit Hoffnungen auf die Zukunft erfüllt. Auch vom Feinde kann man lernen und soll man lernen, und ich möchte wünschen, in dieser Beziehung lernten wir noch von ihm.“

— Rußland. Berliner Blätter machten kürzlich Mittheilung von einem Fall schwerer Gehorsamsverweigerung im russischen Heere, welcher dadurch zu einer radikalen Erledigung gelangte, daß der betreffende Offizier die der Insubordination sich Schuldigmachenden einfach niederschloß. Die „Köln. Ztg.“ läßt sich aus Warschau den Vorfall jetzt in folgender Weise melden: Ein Artillerie-Oberst bot seiner Truppe Guten Morgen, worauf alles stumm blieb. Der Oberst bot sodann dem ältesten Unteroffizierfeldwebel persönlich seinen Morgengruß und erschloß diesen, als er den Gruß unerwidert ließ. Aus dem gleichen Grunde erschloß der Oberst einen zweiten Avancirten, worauf sein vor der Frontmitte wiederholter Gruß einstimmig erwidert wurde.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 10. Febr. Am Montag Abend starb an übermäßigem Morphiumgenuß der in hiesiger Apotheke angestellte, in den hohen Zwanziger Jahren stehende Gehülfe Julius Gies aus Warburg. Ob der Genuß des Morphiums ein absichtlicher oder unabsichtlicher gewesen ist, entzieht sich der Beurtheilung.

— Eibenstock. Der Anschluß der hiesigen Fernsprecheinrichtung an das Fernsprechnetz des Sächsischen Industriebezirks ist für das Etatsjahr 1892/93 in Aussicht genommen. Das Reichspostamt Berlin schreibt hierüber an den Stadtrath zu Eibenstock:

Berlin, am 30. Januar 1892.

Auf die Eingabe vom 16. Dezember vorigen Jahres wird dem Stadtrath ergebenst erwidert, daß das Reichspostamt be-

reit ist, die Herstellung einer Fernsprecheinrichtung von Eibenstock nach Zwickau (Sachsen) für das Etatsjahr 1892/93 in Aussicht zu nehmen, sofern die Theilnehmer in Eibenstock sich dazu verstehen, aus dem Betriebe der Verbindungsanlage eine Jahreseinnahme von 2200 Mark auf die Dauer von fünf Jahren sicher zu stellen. Diese Sicherstellung würde in rechtsverbindlicher Form dergestalt zu geschehen haben, daß derjenige Betrag, um welchen die aus den einzelnen Gesprächen auskommenden Gebühren hinter dem gewährleisteten Jahresertrage etwa zurückbleiben sollten, am Schlusse jeden Betriebsjahres zur Postkasse nachgezahlt wird.

Dem Antrage des Stadtraths, von der Gewährleistung einer jährlichen Einnahme abzusehen, vermag das Reichspostamt aus grundsätzlichen Rücksichten nicht Folge zu geben.

Die Theilnehmer in Eibenstock würden zum Sprecheverkehr mit denjenigen in Zwickau, Meerane, Reichenbach, Plauen, Grimnitzkau, Leipzig, Glandau und Chemnitz zugelassen werden, wobei für das gewöhnliche Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten wäre.

Dem Stadtrath wird ergebenst anheimgestellt, die Kaiserliche Ober-Postdirektion in Leipzig, welche nach Vorstehendem verständigt worden ist, von der Entschliessung der Theilnehmer in Kenntniß zu setzen.

— Eibenstock. Auf Ersuchen seitens des Vorstandes des hiesigen „Reichstreuen Vereins“ sprach am vergangenen Sonnabend in öffentlicher Versammlung Herr Reichstagsabgeordneter Holzmann im Saale des Felschloßchen.

Redner drückte zunächst seine Freude darüber aus, daß er vor den Wählern in ruhiger Zeit, ohne die Wahlauflage mit ihrer Verbitterung sprechen könne, und kam dann auf die Haupt-Agitationsmittel der letzten Wahlbewegung zurück. Drei besonders belastende Fehler seien dem früheren Cartell-Reichstag vorgeworfen worden, die fortwährende Steigerung der militärischen Lasten, die Verkürzung der Wahlfreiheit durch Einführung der 5jährigen Gesetzgebungsperioden und die Vertheuerung der Lebensmittel durch Erhöhung der Getreidezölle. Was habe nun der neue Reichstag, der die frühere Cartellmajorität nicht mehr hat, auf diesen Gebieten geleistet? Gleich die erste That war eine Erhöhung der Friedensstärke um etwa 20,000 Mann, wodurch die Haltung des früheren Reichstags glänzend gerechtfertigt sei. Die neue Majorität habe sich den zwingenden Gründen, welche durch die ganze Weltlage Deutschland nöthigen, seine Armee den feindlichen Armeen ebenbürtig zu halten, eben auch nicht verschließen können, wozu sie zu loben sei.

Ein Antrag auf Wiederherstellung der 5jährigen Gesetzgebungsperioden sei bis jetzt von der neuen Majorität noch nicht gestellt, wahrscheinlich, weil sie lieber 5 Jahre als 3 an der Macht blieben.

Ein Antrag auf Herabsetzung der Getreidezölle sei mit 210 gegen 106 Stimmen abgelehnt worden; der neue Reichstag, der unter dem Feldgeschrei „fort mit den Lebensmittelvertheuern“ gewählt wurde, habe also eine festere Majorität für die Getreidezölle als irgend ein früherer. Das sei im Wesentlichen der freisinnigen Agitation zu danken, welche in ihrem Bestreben unter allen Umständen die Nationalliberalen zu befeitigen, überall für Ultramontane, Welsen und Polen, die fast alle Getreidezöllner sind, eingetreten seien. Um diese Thaten zu erreichen, sei also die Beseitigung der Cartellmehrheit nicht nöthig gewesen. Eingehend verbreitete sich Herr Holzmann über den schweren Mißgriff, welcher durch die Angriffe auf die Getreidezölle während der Verhandlungen über die Handelsverträge begangen worden sei. Die Verminderung der Getreidezölle sei das einzige gewesen, was man Oesterreich als Gegenleistung für Ermäßigung seiner hohen Industriezölle habe anbieten können, und da sei es doch unklug und unpraktisch, diese Concession als etwas Wertloses hinzustellen. Der Redner bekannte sich aufs Neue als ein entschiedener Gegner der Getreidezölle. Er habe in seiner ganzen parlamentarischen Laufbahn noch niemals für einen Getreidezoll gestimmt. Die Angriffe auf diese falschen Zölle müsse man aber zu einer Zeit machen, wo man Aussicht auf Erfolg habe und nicht politische Verhandlungen darüber schädige. Es sei falsch, den Freunden der Getreidezölle nur selbstjüchtige Beweggründe unterzuschreiben. Sie hätten ihrerseits auch manchen guten Grund ins Feld zu führen, am ansprechendsten seien ihm immer die Sorge für einen gesunden Bauernstand und die Rücksichten auf die Landesverteidigung gewesen. Wenn er gleichwohl ein so entschiedener Gegner der Getreidezölle sei, so führe ihn dazu die Erwägung, daß in den Zeiten, da der Bauer den Zoll brauchen könne, er ihm nichts nütze, und wenn er ihm nütze, seien ohnehin schon hohe Getreidpreise vorhanden, dann sei eine weitere Vertheuerung unnöthig und schädlich. Hat das Ausland Ueberfluß an Brodfrucht, so schreiben wir ihm die Preise vor und es muß den ganzen Zoll tragen, wenn es zu uns verkaufen will. Haben wir aber, wie in diesem Augenblick, Mangel an Getreide, so schreibt das Ausland uns die Preise vor, und wir zahlen den ganzen Zoll aus unserer Tasche. Auch hier regelt sich der Preis nach Angebot und Nachfrage. Außerdem komme selbst in den Zeiten, wo der Zoll wirkt, der Nutzen nach Professor Conrad nur etwa dem fünften Theil der deutschen Landwirthe zu gut; ein weiteres Fünftel sei ganz unbetheiligt, weil sie genau so viel Brodfrucht bauen, als sie selbst verbrauchen; drei Fünftel aber müssen noch Brod kaufen, hätten also ebenso unter der Theuerung zu leiden, wie der industrielle Arbeiter. Daß sich aber der hohe Getreidpreis im Brodpreis ausdrücke, ergebe schon

die uns Grenzbewohnern wohl bekannte Thatsache, daß das Brod in Böhmen wesentlich billiger sei als bei uns. Wir hätten die Pflicht, für unsere Bevölkerung möglichst gute und billige Lebenshaltung zu sorgen, er wünsche, unseren Arbeitern reichliche Arbeit mit hohen Löhnen und billige Lebensmittel zu beschaffen.

Dazu seien die Handelsverträge notwendig. Früher, als Frankreich mit allen Staaten Tarifverträge hatte und wir durch unsere Meistbegünstigungsverträge an jeder Zollherabsetzung, welche irgend ein Culturstaat eintreten ließ, Theil nahmen, konnten wir uns in Zollsachen ganz freie Hand halten. Nachdem aber alle Staaten ihren Zollschutz wesentlich erhöht haben und alle Tarifverträge gefallen sind, droht für unseren Export eine schwere Schädigung. Es sei ein dankenswerthes Vorgehen unserer deutschen Regierung, daß sie jetzt mit dem Abschluß von Tarifverträgen vorgegangen sei, dadurch wisse unsere deutsche Industrie, mit welchen fremden Zolltarifen sie in den nächsten 12 Jahren zu rechnen habe. Nichts sei schädlicher für unsere auswärtigen Geschäfte, als wenn jeden Augenblick an den Zöllen geändert werde. Ohne Export können wir aber überhaupt nicht leben. Deutschland kann sich mit dem, was sein Boden an Lebensmitteln erzeugt, nicht ernähren. Es muß fremde Lebensmittel kaufen, und dieselben mit den industriellen Erzeugnissen unserer fleißigen Hände bezahlen. Von 1879 bis 1891 sei unsere Bevölkerung von 44 auf 50 Millionen gestiegen, es sei selbstverständlich, daß die inländische Getreideerzeugung nicht in gleicher Weise steigen konnte. Also hieße es, fremdes Getreide kaufen und bezahlen. Thatsächlich exportirt Deutschland jährlich für weit über 3000 Millionen Mark, hauptsächlich fertige Waaren.

Die Handelsverträge seien deshalb auch mit großer Majorität angenommen worden, dabei hätten viele Abgeordnete gegen ihr persönliches Interesse gestimmt, weil sie es für ihre Pflicht gehalten hätten. Er erwähnte dies, weil es neuerdings von gewisser Seite zur Gewohnheit geworden sei, den Abgeordneten des Reichstags schänden Eigennutz vorzuwerfen. Habe Redner doch selbst bei der letzten Wahl die Verdächtigung erfahren müssen, daß er die Befreiung des Holzholzes im Grenzverkehr lediglich im eigenen Interesse vorgeschlagen und durchgesetzt habe. Schleifholz könne als Brennholz eingehen und sei dann ohnehin ohne Zoll. Für die Holzstofffabrikanten habe also die Befreiung im Grenzverkehr keinen oder sehr geringen Werth, man brauche das Holz nur jenseits der Grenze in Meterstücke zu zerschneiden. Aber für die kleineren Sägemühlen, die hart an der Grenze liegen und auf den Bezug böhmischen Holzes angewiesen sind, sei ein Zoll gleichbedeutend mit dem vollständigen Ruin, um diesen Schaden abzuwenden, sei die Befreiung im Grenzverkehr in den Zolltarif aufgenommen worden.

Zum Schlusse mahnte der Herr Redner zu Einigkeit und Abminderung der politischen Gegensätze. Wir sollten uns vor Allem erinnern, daß wir Söhne eines Vaterlandes sind, und daß wir einig fast die Welt regieren können. Zwietracht und Hader aber schwächt uns, und wer weiß, ob wir nicht bald unsere ganze Kraft brauchen, um unser theures Vaterland zu schützen und zu erhalten.

Hierauf wurde folgende Erklärung: „Die Versammlung dankt Herrn Holzmann für seinen Vortrag und hauptsächlich auch dafür, daß er, wie wir wissen, seine Pflicht als Abgeordneter des deutschen Volkes in so hervorragender Weise erfüllt und dabei im Besonderen die Interessen unseres Kreises mit so vorzüglichem Erfolge zu vertreten verstanden hat“, einstimmig angenommen.

— Leipzig, 9. Februar. In der vergangenen Nacht stürzte von dem Hause des Stellmachers Pflug in der Langenstraße zu Connewitz die Rück- und die Giebelwand ein. Das Haus war von drei Familien bewohnt, die aber noch rechtzeitig aus dem Schlafe geweckt und dadurch vor schwerem Unheil bewahrt werden konnten. Der Zusammensturz des Hauses ist darauf zurückzuführen, daß das Gebäude überseht worden ist und infolge der in den letzten Tagen herrschenden Kälte, die in das neue Stockwerk eingedrungen ist, den Halt verlor und dadurch zusammengebrochen ist.

— Schneeberg. Durch den neuen Handelsvertrag ist der Zoll auf rohen Tüll nicht herabgesetzt worden; er hat seinen Satz von 80 Mt. behauptet. Es ist dies von wesentlicher Bedeutung für die erst seit einigen Jahren in Schneeberg errichtete Tüllfabrik der Firma Gebrüder Lehmann. Dieselbe war die erste derartige Fabrik in Deutschland und ist auch gegenwärtig noch die einzige, da ein gleiches Etablissement in Schneide abbrannte, aber nicht wieder aufgebaut worden ist. Die hiesige Tüllfabrik arbeitet mit einem Arbeiterbestand von rund 100 in und außer dem Hause. Der Betrieb geht Tag und Nacht, so daß die Fabrik sehr leistungsfähig ist. Es kann daher ein sehr erheblicher Theil unseres Bedarfs an baumwollenem Tüll im Inlande hergestellt werden.

— Wilkau bei Zwickau, 9. Febr. Dem Beispiele eines kleinen Kohlenwerkes, die Belegschaften nicht anfahren zu lassen, sind gestern zahlreiche, darunter auch große Werke gefolgt. Man erzählt, daß die Lagerbestände auf den einzelnen Schächten so groß

feien, teure Kohle Preis Differ billig am sfigerente nicht das bar fan Leben diese unger als 9 Verei eines alten in M gelege Des E ma 1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8) 9) 10) 11) 12) 13) 14)